Bezugsgebühr
vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 v. Vorm. 8–5 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11–½1 Uhr Mitt. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 5 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; Doppelzeile „unterm Strich" (Eingesandt) 40 Pfg. Grundzeile für Anzeigen aber nach Festtagen 20 Pfg. Für Familiennachrichten 2c. 1. bez. 30 Pfg. nach besonderem Tarif.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang. — Dresden, 1897.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf **Dresden, Altmarkt 2.**

Photographische
Apparate
in
reichster Auswahl
bei
Emil Wünsche
Moritzstr. 20
(Nähe der Maximilians-Allee).
Ausführlicher Catalog nach auswärts gegen 20 Pfg. in Briefmarken.

Modernste Wiener
Corsets
aus dem berühmten Mieder-Atelier „Palerma" in Wien
Heinrich Plaul,
Hoflieferant
Wallstr. 25.

Putz- und Mode-Magazin
J. M. Korschatz **6 Altmarkt 6**
Hoflieferant — Gegründet 1843
Stroh- und Filzhutfabrik
bietet stets nur das Neueste und Beste zu billigsten Preisen.

WEIN-Handlung -Stuben
Portikus a. d. Markthalle
Max: Kunath,
Wallstr. 8.

Artikel zur Krankenpflege: chirurg. Instrumente, orthopäd. Apparate und Corsets, künstl. Glieder, Geradehalter, Bruchbandagen, Mutterspritzen, Leibbinden, Gummistrümpfe, Verbandstoffe etc. fertigt zumeist nach eigenen praktischen Modellen billigst **Carl Wendschuch,** Königlicher Hofl., **Struvestr. 11.**

Nr. 69. **Spiegel:** Forderungen für die Flotte. Hofnachrichten, Neuberinfeier, Maschinen des Elektrizitätswerks, Gesammtraths-Sitzung. Gasheizung. Gerichtsverhandlungen. Kammermusikabend. Langenbachstiftung. | Muthmaßliche Witterung: Aufbessernd. | **Mittwoch, 10. März.**

Politisches.

Unnennbar peinlich — das ist der treffende Ausdruck zur Bezeichnung der Empfindungen, die jedes nationalgesinnte Gemüth angesichts der Art und Weise bewegen, wie die Flottenfrage von einem Theil der zuständigen Faktoren behandelt wird, ein Eindruck, der nur noch verstärkt wird durch die Erklärung, die der Reichskanzler Fürst Hohenlohe in der Budgetkommission des Reichstags zur Sache abgegeben hat. Die gedachte Erklärung des Herrn Reichskanzlers bezieht sich auf die in der Budgetkommission in der Sitzung vom Freitag vertheilte Denkschrift des Reichsmarineamts, die wegen der in ihr enthaltenen umfangreichen Mehrforderungen zunächst zum Abbruch der Verhandlungen zwecks weiterer Information und Stellungnahme der Kommissionsmitglieder führte. Am Montag fand sodann die Fortsetzung der Berathung statt, in deren Mittelpunkt die auf Ersuchen der Kommission ergangene Auslassung des Fürsten Hohenlohe stand. Um die Bedeutung der Ausführungen des Herrn Reichskanzlers richtig würdigen zu können, wird man sich vorher den Inhalt der in Rede stehenden Denkschrift noch einmal vor Augen halten müssen. Nach den Darlegungen des Reichsmarineamts ist der gegenwärtige Stand der Dinge der, daß die Ausführung des im Jahre 1873 aufgestellten Flottenplans das unbedingt erforderliche Maß dessen darstellt, was die Marine haben muß, wenn sie im Stande sein soll, ihre natürlichen Aufgaben zu erfüllen, d. h. nicht nur, soweit nöthig, den Küstenschutz auszuüben, sondern auch im Ausland das Ansehen des deutschen Namens durch kräftige Vertheidigung bedrohter deutscher Interessen hochzuhalten, deutschen Reichsangehörigen persönlichen Schutz zu gewähren, den deutschen Handel und die deutschen Kolonien gegen feindliche Angriffe zu sichern. Erst nach Vollendung der unter diesen Rahmen fallenden Schiffsbauten dürfte nach der Meinung des Staatssekretärs des Reichsmarineamts im Falle weitergehender Ansprüche von „uferlosen Flottenplänen" gesprochen werden. Was aber jetzt in der Denkschrift gefordert werde, solle ausschließlich dazu dienen, um die Flotte auf dem in dem Plane von 1873 vorgezeichneten Stande zu erhalten. Zur Erreichung dieses Zwecks müßten jährlich bis in die ersten Jahre des nächsten Jahrhunderts hinein in Bau genommen werden: 1 Panzerschiff, 1 Kreuzer 1.—3. Klasse, 1—2 Avisos und Kreuzer 4. Klasse, 1 Divisionsboot und 8 Torpedoboote, außerdem alle 2 Jahre 1 Panzerkanonenboot. Die jährlich aufzuwendende Bausumme wird in der Denkschrift auf 45½ Millionen Mark im Durchschnitt festgestellt. Die Gesammtsumme für die Neubauten würde sich nach einer von Herrn Dr. Lieber aufgemachten Rechnung auf 328 Millionen stellen.

Gewiß, das sind kolossale Summen, die den plötzlich vor die Frage ihrer Bewilligung gestellten Volksvertreter zunächst wohl stutzig zu machen geeignet sind. Je mehr das aber der Fall ist, um so unverständlicher erscheint die Haltung der Reichsregierung gegenüber dieser weittragenden Angelegenheit. Zweierlei ist doch nur möglich: entweder die Forderungen des Reichsmarineamts sind im Interesse der nationalen Wehrfähigkeit zur See wohlbegründet und im Wesentlichen unumgänglich oder die leitenden Marinekreise operiren mit irrthümlichen Voraussetzungen. Im ersten Falle träte an eine zielbewußte Regierung die unabweisbare Pflicht heran, mit allen Mitteln die von den Umständen geforderte Ergänzung unserer Flotte zu ermöglichen und es, wenn nöthig, selbst auf einen Konflikt mit der Volksvertretung ankommen zu lassen. Der zweite Fall würde dagegen die Regierung auf den nicht minder von der Pflicht gebotenen Standpunkt verweisen, eine sachlich nicht schlechtweg unerläßliche Forderung von so bedeutendem Umfange mit aller Energie abzuwehren. In der Erklärung des Herrn Reichskanzlers findet sich aber weder die eine, noch die andere klare Stellungnahme. Zunächst wird die überraschende Behauptung aufgestellt, daß die Denkschrift des Reichsmarineamts weder als eine solche, noch als eine neue Regierungsvorlage zu betrachten, sondern lediglich ein unverbindliches „Schriftstück" von informatorischem Charakter sei. Wenn dann weiter hinzugefügt wird, die Neuforderungen des Reichsmarineamts könnten zur Verwirklichung nur durch die verfassungsmäßige Zustimmung der verbündeten Regierungen und des Reichstags gelangen, so wird man daraus unwillkürlich die Folgerung ziehen, daß die verbündeten Regierungen selbst durch das „Schriftstück" des Reichsmarineamts überrascht worden seien. Trotzdem desavouirt allerdings der Herr Reichskanzler das Reichsmarineamt nicht vollständig, giebt vielmehr zu, daß auch er es für eine unabweisbare Aufgabe des Reichs halte, nach Maßgabe der „in jenem Schriftstück" enthaltenen thatsächlichen Angaben eine genügende Flotte zu schaffen und zu erhalten. Dieser grundsätzlichen Anerkennung wird aber gleich darauf der wesentlich einschränkende Zusatz beigegeben, daß die Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags sich „selbstverständlich nach der gesammten Finanzlage richten müsse". Das sieht doch nicht so aus, als wenn die verantwortlichen Stellen der Regierung felsenfest von der Richtigkeit der beim Reichsmarineamt bestehenden Anschauung betreffs der sofortigen Bewilligung der gesammten Bauten überzeugt wären.

Bezeichnend für den Eindruck, den die Erklärung des Herrn Reichskanzlers auf die Hörer gemacht hatte, war der Umstand, daß die Redner in der Kommission alsbald darüber zu streiten begannen, ob Fürst Hohenlohe viel, oder etwas, oder gar nichts gesagt habe. Das beweist, daß der hohe Diplomat aus dem Reichskanzler gesprochen hatte, während die Situation gebieterisch das klare entscheidende Wort eines verantwortlichen Staatsmanns verlangt hätte. Demgegenüber muß den kräftigen und kernigen Worten des Vertreters des Reichsmarineamts der Vorzug einer stärkeren Ueberzeugungsfähigkeit eingeräumt werden. Dieser Empfindung gab der nationalliberale Abgeordnete Dr. v. Hammacher Ausdruck, indem er betonte, die Ausführungen des Staatssekretärs Hollmann beruhten offenbar auf innerster Ueberzeugung. Die gegebenen Erläuterungen hätten das Märchen von den „uferlosen Plänen" zerstört. Der Staatssekretär habe, und das sei anerkennenswerth, mit offenen Karten gespielt und von einer Vertuschung könne nicht mehr die Rede sein. Den Standpunkt seiner Partei präzisirte der genannte Abgeordnete dahin, daß Deutschland einer starken Flotte bedürfe und daß daher eine bessere Ausgestaltung der Flotte erforderlich sei. In ähnlichem Sinne äußerte sich der konservative Graf Holstein, der die maritime Macht Deutschlands für nicht ausreichend erklärte und dem Reichstage die Pflicht auferlegte, die Flotte zu einer Großmacht zu gestalten, wie sie dem Deutschen Reiche gebühre.

Auf eine ganz andere Tonart waren dagegen die Ausführungen des Abgeordneten Dr. Lieber gestimmt. Der Führer des Centrums witterte agitatorische Morgenluft und so legte er sich denn gewaltig gegen die Marineforderungen in's Zeug. Seine ganze pathetische Natur gerieth in Aufruhr, je länger er sprach, und schließlich verstieg er sich zu den drohenden Sätzen: „Besser ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Ihre nationalen Phrasen sind zwecklos, wahrer Patriotismus liegt im Maßhalten." Ueber die „nationalen Phrasen" braucht man mit Herrn Dr. Lieber nicht weiter zu rechten. Wirklich nationale Kreise sind ja niemals im Zweifel darüber gewesen, welcher tiefere Werth den gelegentlichen hochpatriotischen Evolutionen des Centrums beizulegen ist, und sie können daher auch nicht überrascht sein, wenn einmal ein unvermutheter Windstoß das verhüllende patriotische Mäntelchen lüftet und die darunter verborgene wahre Gestalt des Ultramontanismus zum Vorschein bringt. Von größerem Interesse ist dagegen das offene Geständniß des Herrn Dr. Lieber, daß seine Partei vor einem „Ende mit Schrecken" keine Furcht habe. Das soll offenbar heißen, das Centrum sei eventuell bereit, aus Anlaß der Mehrforderungen für die Marine einen Konflikt heraufzubeschwören, um eine nach ultramontanen Begriffen reine Bahn für die Zukunft zu schaffen. Eine solche Drohung aus solchem Munde wäre nicht möglich, wenn nicht das bisherige Verhalten der Regierung in manchen hochwichtigen nationalen Fragen auf ultramontaner Seite den Eindruck erweckt hätte, als ob die Regierung auf Gnade und Ungnade in die Hand des Centrums gegeben sei. Diese im ultramontanen Lager vorherrschende Meinung wird aus der jetzigen Stellungnahme der Regierung zu der Frage der Flottenvermehrung neue Nahrung schöpfen. Im entscheidenden Augenblicke aber verlangt das allgemeine Wohl von Seiten der Regierenden die Vermeidung jeder Zweideutigkeit, die engherzigen parteipolitischen Bestrebungen Vorschub leisten und in nicht streng nationalen Kreisen die Hoffnung erwecken könnte, daß die Lage sich zur Stärkung centrifugaler Kräfte ausnutzen ließe. Auf keinen Fall darf die parlamentarische Schwerfälligkeit in der Anpassung an vaterländische Nothwendigkeiten und ihre pekuniären Folgerungen der Grund sein, daß ein wesentlicher Bestandtheil der nationalen Wehrkraft hinter den Anforderungen, die auf Grund der erweiterten auswärtigen Beziehungen des Reichs an ihn herantreten, zurückbleibt. „Hätten wir den Absolutismus, wir hätten längst die Flotte", meinten vor einiger Zeit die „Preuß. Jahrb." in einer nur zu verständlichen Anwallung von Bitterkeit und Verdruß über die schwächliche Haltung der Regierung in dieser Lebensfrage der Nation. Die leitenden Staatsmänner im Reiche würden gut thun wenn sie aus derartig zugespitzen Beurtheilungen der Lage die Erkenntniß schöpfen wollten, daß die Nation sich nach einem zielbewußten Willen in der Regierung sehnt, wie ein Verschmachtender nach der labenden Quelle. Freilich, um zielbewußt sein zu können, muß man vor allen Dingen wissen, was nothwendig ist.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 9. März.

Berlin. Der Kaiser und die Kaiserin begaben sich heute nach dem Mausoleum in Charlottenburg und legten anläßlich des heutigen Todestags Kaiser Wilhelm's I. an dessen Sarg Kränze nieder. — Am 12. ds. Mts., dem Geburtstage des Prinzregenten von Bayern, findet beim Kaiser eine größere Frühstückstafel statt. — Prof. Robert Koch ist es gelungen, bei der Bekämpfung der Rinderpest in Südafrika mit Hilfe des Serums eine gewisse Immunität zu erzeugen. Er will einen Unterrichtskursus in der Versuchsstation von Kimberley eröffnen. — Die Budgetkommission des Reichstags setzte heute die Berathung des Marine-Etats fort. Auf eine Anfrage Dr. Lieber's, wie hoch sich nach dem neuesten Plane die fortdauernden Ausgaben belaufen würden, erwiderte Staatssekretär Hollmann, daß nach der seitens der Marineverwaltung gemachten Aufstellung sich für das Ordinarium bis 1901 69½ Millionen ergeben. Für das Etatsjahr 1897/98 bringe das Ordinarium 58,925,277 M. Staatssekretär Graf Posadowsky erklärte, die Wünsche der einzelnen Ressorts könnten nur Berücksichtigung finden, wenn zu deren Verwirklichung Geldmittel vorhanden wären. Ueber einzelne finanzielle Folgen könne er sich erst äußern, wenn er genau wisse, welche Mittel verlangt würden.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus begann heute die Berathung des Eisenbahn-Etats. Es lag dazu ein Antrag Brömel vor um Verbilligung und Vereinfachung der Personen- und Gepäcktarife. Minister Thielen theilte mit, daß im Jahre 1895/96 die Einnahmen der Staatsbahnen den Voranschlag um 51 Millionen und in den 10 ersten Monaten des laufenden Etatsjahrs um 71,5 Millionen überschritten haben. Der Gesammtüberschuß der Einnahmen über die Ausgaben werde pro 1896/97 voraussichtlich eine halbe Milliarde erreichen. Immerhin handele es sich hier um Verhältnisse schwankender Natur. Der Minister nahm dann Veranlassung, ein Wort für die Schienen-, Kohlen-, Waggons- und Lokomotiv-Syndikate zu reden. Diese übten, so manche Gefahren sie auch in sich bergen, doch auch unter einer weisen Verwaltung günstige Wirkungen aus, denn ohne diese gebe es wüste Konkurrenz und Ueberproduktion. Die seit 2 Jahren bestehende Neuorganisation habe sich bewährt. Trotz des erweiterten Betriebs seien 3841 Beamte weniger nothwendig geworden. In der Debatte wurden dann verschiedene Wünsche geäußert, die sich auf Einstellung von Speise- und Krankenwagen, bessere Beleuchtung der Wagen, Bahnsteigsperren, Platzkarten der D-Züge, Einführung eines Einheitstarifs auf der Berliner Stadt- und Ringbahn u. s. w. beziehen. Weiterberathung morgen.

Berlin. Die Budgetkommission des Reichstags führte heute die Generaldebatte über die Marineforderungen zu Ende. Am Dienstag beginnt die Spezialdebatte über die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Marineetats. Abg. Richter spricht sich noch entschieden gegen eine Weltpolitik aus, die mit Forderungen der Kreuzer 1. Klasse verfolgt würde. In der kretischen Frage habe Fürst Bismarck in den „Hamburger Nachrichten" das zutreffende Wort gesprochen, die neue Art der auswärtigen Politik schädige auf das Bedenklichste unsere Erwerbsinteressen. Er, Redner, habe stets mit wenig Ausnahmen die äußere Politik des Fürsten Bismarck unterstützen können, sie sei namentlich groß in der Enthaltsamkeit gewesen. Mit Kanonen könne man den Himmel nicht beschießen. — Der Centrumsabg. Dr. Rudolphi, der dem Reichstag seit dessen Bestehen angehört, ist in Tempelhof gestorben.

Berlin. Die Vorarbeiten für die Reform der Civilprozeß- und der Konkurs-Ordnung sind soweit gefördert, daß die letztere gleich zu Beginn der nächsten Reichstagstagung vorgelegt werden soll. — Die wirthschaftliche Vereinigung des Reichstags hat sich hinsichtlich der Börsenreform dahin entschieden, zunächst, da es sich eigentlich um eine preußische Angelegenheit handele, abzuwarten, ob bis Ende dieser Woche eine Interpellation im Abgeordnetenhause angekündigt wird. Geschieht das nicht, so soll im Reichstage nächste Woche eine Interpellation eingebracht werden.

Leipzig. Anläßlich der Feier der hundertjährigen Wiederkehr des Geburtstags Kaiser Wilhelm's I. bleibt die hiesige Börse am 22. März geschlossen.

Frankfurt a. M. Die Handelskammer beschloß, am 22. März die Börse zu schließen. — Ueber das Waarenhaus Max Simon, welches in preußischen Provinzen zahlreiche Kommanditen unterhält, ist der Konkurs eröffnet worden.

Wien. Aus Petersburg wird gemeldet, daß die Vermehrung der russischen Feldartillerie um 69 Batterien mit 252 Geschützen zur Bildung zweier neuer Armeekorps in aller Stille durchgeführt wird.

Wien. Der Torpedokreuzer „Tiger" liegt in Pola ausgerüstet zur Abfahrt bereit, um für den Fall einer Blokade zum österreichisch-ungarischen Geschwader zu stoßen.

Paris. Die Regierung hob das Dekret vom 9. Februar, welches den von Indien kommenden Schiffen das Anlaufen von Marseille absolut verbietet, auf.

Paris. Meldungen aus Athen zufolge begegnet die Mobilmachung und Kriegsrüstung in Griechenland sehr ernsten Schwierigkeiten. Die nach der thessalischen Grenze gesandten Regimenter sind von sehr geringem Bestande, da die Reservisten der Einberufung vielfach nicht Folge geleistet haben. Es fehlt an Offizieren; auch ist es möglich, daß man sich gezwungen sehen wird, wenn nöthig, zum Aufgebot des Landsturms zu schreiten.

Marseille. Das österreichische Schiff „Illria", das von New-York nach Triest abgegangen und zuletzt bei New-Jork signalisirt war, ist seit 20 Tagen fällig. Es wird befürchtet, daß ihm ein Unfall zugestoßen sei.

Madrid. Eine amtliche Depesche aus Manila meldet die Einnahme von Salitrain. Die Spanier nahmen die Verschanzungen mit Bajonetten. General Zaballa fiel an der Spitze seiner Kolonnen, 10 Soldaten wurden getödtet, 5 Offiziere und 25 Soldaten verwundet. Die Aufständischen hatten 76 Todte.

London. Aus bester Quelle verlautet: Die griechische Regierung instruirte ihre auswärtigen Vertreter, bei Empfang der Antwort-Note den betreffenden Regierungen mitzutheilen, Griechenland sei bereit, die Suzeränetät des Sultans über Kreta anzuerkennen, seine Flotte zurückzuziehen und die griechischen Truppen unter das Kommando irgend eines militärischen Repräsentanten der Mächte, der älteren Ranges als Oberst Vassos sei, zu stellen, um die Ordnung wieder herzustellen, falls die Mächte gewillt seien, die schließliche Entscheidung über das Schicksal Kretas in den Händen des kretischen Volks zu lassen.

London. Reuter's Bureau erfährt, die Antwort-Note der griechischen Regierung werde in Londoner diplomatischen Kreisen als unbefriedigend angesehen und sei nicht dazu angethan, die Beziehungen zwischen den Mächten und Griechenland zu bessern. Die anscheinende Geneigtheit Griechenlands, seine Flotte von Kreta zurückzuziehen, würde die seitens der Mächte beschlossenen dringenden Repressivmaßnahmen in gewissem Maße mildern. Es bestehe kein Grund zu der Annahme, daß die Mächte die Anwesenheit der Griechen auf Kreta dulden werden. Sobald die Mächte ihre Ansichten über die Antwort ausgetauscht haben, werde die Mittheilung an Griechenland erfolgen, daß die Mächte sofort Maßregeln ergreifen werden, um die Ausführung ihrer Beschlüsse zu erzwingen. — Der griechische Geschäftsträger Metaxas wird heute auf dem Auswärtigen Amte erscheinen und dürfte die Vorschläge Griechenlands bezüglich eines Kompromisses mittheilen.

Kopenhagen. Der griechische Kriegsminister erklärte einem dänischen Korrespondenten, König Georg habe nur die Wahl zwischen einer Revolution in Athen oder einem Kriege gegen die Türkei. So lange ein einziger türkischer Soldat auf Kreta sei, werde der König seine Truppen nicht zurückziehen. Wenn Griechenland Kreta jetzt nicht erhalte, werde in Makedonien ein Aufstand ausbrechen. Griechenland habe für Kriegszwecke Geld genug, der reiche Grieche Averof habe 50 Millionen, der Geheimverein „Société National" 18 Millionen und die griechische Kolonie in London 6 Millionen Francs gegeben. Uebrigens sei der kretische Aufstand nur ein Vorwand. Der eigentliche Zweck des Königs sei, alle Griechen zu sammeln und das byzantinische Kaiserreich wieder zu errichten.

Konstantinopel. Hier wird behauptet, Griechenland habe seine zwei stärksten Panzer nach dem nördlichen Archipel geschickt, um die Ausführung von türkischen Truppen-Transporten zu Schiff von Saloniki nach Kreta zu verhindern.

Philippopel. Nach hier vorliegenden Berichten aus Konstantinopel wurden daselbst neuerdings sechs Seekadetten wegen Vertheilung jungtürkischer Zeitungen verhaftet.

Friedrich & Glöckner streichf. Oelfarben, Lacke, Firnisse, eig. Fabrik. Spec. Fussb.-Schnelltr.-Farben, ges. gesch., ausgewogen nur in uns. Det.-Geschäft, Zwingerstr. 15, Schäferstr. 13, Bautznerstr. 27b, Pieschen und Löbtau.